

II-7012 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3559/J

1989 -04- 05

A n f r a g e

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Jankowitsch und Genossen  
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten  
betreffend Todesdrohungen gegen österreichische Staatsangehörige in Brasilien.

Nahezu täglich werden in Brasilien landlose Kleinbauern und Landarbeiter ermordet, weil sie brachliegendes Land bebauen, um nicht verhungern zu müssen, wie amnesty-international berichtet. Großgrundbesitzer ordnen diese Morde an und lassen sie von angeheuerten Killern durchführen.

Auch engagierte Priester, Gewerkschafter und Anwälte, die der rechtlosen Landbevölkerung zur Seite stehen, bezahlen dies häufig mit ihrem Leben.

Derzeit stehen 96 Priester und Gewerkschafter auf der Todesliste der gedungenen Pistoleiros, darunter auch 4 Österreicher.: Pater Johann Schmid aus See in Tirol, der Zisterzienserpater Josef Hehenberger aus Eferding, Schwester Maria Bernard von der Caritas und Bischof Erwin Kräutler, der schon im Oktober 1987 knapp einem Mordanschlag entgangen war, dem sein Mitarbeiter Pfarrer Salvatore Deiana zum Opfer fiel.

Die internationale Gefangenenhilfsorganisation prangert in diesem Zusammenhang die brasilianischen Behörden an, die derartige Verbrechen mehr oder weniger untätig hinnehmen.

"Anzeigen werden gar nicht aufgenommen, Untersuchungen werden - wenn überhaupt - unzulänglich durchgeführt, Verdächtige werden entweder gar nicht festgenommen, oder können unter Mithilfe der Polizei entweichen, belastende Dokumente verschwinden auf Nimmerwiedersehen," wie amnesty-international berichtet.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten die folgende

A n f r a g e :

1. Liegen Ihnen Berichte der österr. Vertretungsbehörden über diese Vorfälle vor?
2. Sind Sie bereit, an die brasilianische Regierung mit dem Ersuchen heranzutreten, zum Schutz der betroffenen österreichischen Geistlichen besondere Maßnahmen zu treffen?
3. Erklären Sie sich bereit, diese, schwere Verfehlungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellenden Vorgänge, zum Gegenstand der Behandlung in internationalen menschenrechtlichen Organen (z.B. der UNO-Menschenrechtskommission) zu machen?